



Presseschau vom 29.07.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: **ARD- "Flaggschiff" Tagesschau und die neudeutschen Raubzüge in der Ukraine**

Die Westliche Wertegemeinschaft ist an der Fortdauer des Bürgerkriegs interessiert – und die Tagesschau führend in Desinformation. Ukraine? Gibt's da was Neues? Die umfangreichsten Berichte der Tagesschau handeln im Juli von einer Geiselnahme. ...

<https://de.rt.com/28y2>

Galija Ibragimowa: „Auf die List nicht reinfallen“ – Warum will Russland nicht in die G7? Washington und Berlin streiten darüber, ob Moskau beim nächsten G7-Gipfel willkommen wäre. Präsident Trump möchte seinen Amtskollegen Putin einladen, Außenminister Maas hält die Ukraine als Hürde dagegen. Mitten im Wortwechsel zwischen den transatlantischen Partnern macht der Kreml einen sinnvollen Vorschlag.

<https://sptnkne.ws/DhKv>

Andrej Koz: **Krieg nach Lego-Prinzip: USA suchen Algorithmen gegen russische Panzer** Ziele finden, identifizieren und dann entweder autonom angreifen oder den Angriff einem Kampfpiloten überlassen – das Pentagon arbeitet an einem Kriegskonzept, in dem viele Einzelkomponenten sich zu einem hochkomplexen Einsatzszenario zusammensetzen. ...

<https://sptnkne.ws/DhTQ> v

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Finnland will zwei russische Kampffjets in seinem Luftraum geortet haben**

Zwei russische Jagdflugzeuge Su-27 sollen am Dienstag nach Angaben des finnischen Verteidigungsministeriums den Luftraum des Landes verletzt haben. Das Verteidigungsministerium in Moskau weist den Vorwurf der Luftraumverletzung zurück. „Zwei russische Jäger Su-27 stehen unter Verdacht, den Luftraum Finnlands am Dienstag, dem 28. Juli, verletzt zu haben. Die angebliche Verletzung hat es im Finnischen Meerbusen bei Helsinki gegen 14.00 Uhr gegeben“, heißt es in einer Mitteilung der Behörde. Der finnische Grenzdienst ermittelt zurzeit zu dem Fall.

Russisches Verteidigungsministerium bestreitet Verletzung des finnischen Luftraums

Das russische Verteidigungsministerium erklärte dagegen, dass vier Jagdflugzeuge Su-27 der russischen Seefliegerkräfte einen planmäßigen Flug aus Karelien zu einem Flugplatz im Gebiet Kaliningrad absolviert hätten.

Der Flug sei auf einer im Voraus bestimmten Route erfolgt, in dessen Verlauf russische Piloten mit den Flugsicherungsstellen in ständiger Verbindung gestanden hätten.

„Der Flug erfolgte in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Vorschriften zur Nutzung des Luftraumes, ohne dabei die Grenzen anderer Staaten zu verletzen, was von Mitteln der objektiven Kontrolle bestätigt worden ist“, so das Verteidigungsministerium.

Russische Patrouillenflüge

Wie das Verteidigungsministerium Russlands betonte, fliegen russische Piloten der Fernfliegerkräfte regelmäßig über die neutralen Gewässer der Arktis, des Nordatlantiks, des Pazifischen Ozeans, des Schwarzen Meeres und der Ostsee. Dies erfolge immer „in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Vorschriften“, heißt es.

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 28. Juli 2020**

Trotz der am 22. Juli 2020 bei den Verhandlungen der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk erreichten Vereinbarungen versucht die ukrainische Seite, mit allen Mitteln den Frieden im Donbass zu verletzen.

Da sie keinen Anlass haben, uns des Beschusses zu beschuldigen, unterlassen die ukrainischen Propagandisten die Versuche nicht, die Volksmiliz der DVR im Informationsraum zu diskreditieren.

Mit dem Kurs Selenskijks auf eine friedliche Regelung des Konflikts unzufriedene Interessenvertreter Poroschenkos und der Opposition setzen die Versuche fort, uns der Sabotage des allumfassenden Waffenstillstands zu beschuldigen, und setzen dazu eine massenhafte Verbreitung durch die Massenmedien und Kräfte für informationspsychologische Operationen ein.

In den letzten zwei Tagen gab es eine Menge solcher Beispiele.

Der heutige Abend war keine Ausnahme, unsere Beobachter haben im Gebiet von Talakowka einen **Schusswechsel zwischen Kämpfern der 36. Brigade** festgestellt.

So wurde uns bekannt, dass Kämpfer aus dem 137. Bataillons sich weigerten den Waffenstillstand einzuhalten. Das kommandierende Personal der Brigade, das einen Befehl über ein Verbot zur Eröffnung des Feuers erhalten hatte, versuchte die sich Empörenden zu beruhigen, aber es entstand ein Konflikt unter Einsatz von Schusswaffen.

Nach vorläufigen Informationen **starb ein Kämpfer, drei wurden verletzt.**

Um den Fall, dass das Kommando der 36. Brigade die mit dem Waffenstillstand nicht Einverstanden mit Waffen bezwingen musste, zu verheimlichen und um zu verhindern, dass die OSZE-Mission diesen Vorfall als Verletzung der Regimes der Feuereinstellung erfasst, sind im Bataillon außerplanmäßig Vertreter einer Kontrollgruppe des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eingetroffen. Die Arbeit von zwei Journalistengruppen von

„ICTV“ und „1+1“, die eine Akkreditierung des Stabs der OOS für nächtliche Dreharbeiten hatten, wurde beendet.

Es wird eine Ermittlung durchgeführt, die nicht kampfbedingten Verluste wurden bisher nicht an den Stab der OOS gemeldet.

Wir schließen nicht aus, dass die Unfähigkeit der Kommandeure, für die in militärischen Kollektiven geforderte Ordnung zu sorgen, zur Beschuldigung der Volksmiliz genutzt werden wird.

Wir erklären ein weiteres Mal, dass die Volksmiliz der DVR nicht auf Provokationen eingeht und die Befehle des Kommandos und das Regime der Ruhe streng einhält.

de.sputniknews.com: **Griechenlands Außenminister wirft Türkei „neoexpansionistische Politik“ vor**

Griechenlands Außenminister Nikos Dendias hat der Führung des Nachbarlandes Türkei „neoexpansionistische Politik“ vorgeworfen. Zudem versuchten hohe geistliche Würdenträger, das Osmanische Reich wiederherzustellen, sagte Dendias am Dienstag in Athen nach einem Treffen mit seiner spanischen Amtskollegin Arancha González Laya.

„Wir achten die türkische Nation, wie übrigens alle anderen Völker der Erde. Aber wir verurteilen unumwunden die Politik der türkischen Regierung, denn das gesamte Europa verurteilt sie“, so der Minister weiter.

"Hagia Sophia wieder mit Schwert erobert"

Dendias erinnerte an das erste muslimische Gebet in der in eine Moschee umgewandelten Hagia Sophia in Istanbul, bei dem der Chef der Verwaltung für die Angelegenheiten der Religion der Türkei, Ali Erbaş, den Dienst mit einem Schwert in der Hand zelebrierte und dabei das Jahr 1453 erwähnte, in dem die Türken Konstantinopel besetzt hatten.

„Das sprachlos gewordene Europa sieht, wie der geistliche Würdenträger das Museum, die Hagia Sophia, wieder mit einem Schwert in der Hand erobert. Ein Museum, das vom Begründer der heutigen Türkei (Kemal Atatürk – Anm. d. Redaktion) gestiftet wurde.“ Somit zerstöre die Türkei das moderne Symbol des grenzüberschreitenden Kulturdialogs, um es zu einer Moschee umzuwandeln, kritisierte Dendias.

Athen zu Dialog mit Ankara bereit

Er wolle betonen, dass Griechenland immer zu einem Dialog mit der Türkei bereit sei. In ihrer jüngsten Sitzung hätten die Außenminister (der EU) die zuständigen Stellen der Union aufgerufen, Varianten harter Sanktionen für den Fall zu konzipieren, dass sich die Türkei weiterhin gesetzwidrig verhalte sowie Frieden und Stabilität in der Region gefährde. „Eine solche Variante sollte auf dem europäischen Tisch liegen, in der Hoffnung, dass sie nie genutzt wird“, sagte der griechische Chefdiplomat.

Türkei sucht nach Öl und Gas in umstrittenen Revieren

Die Entscheidung der Türkei, seismische Messungen im Östlichen Mittelmeerraum vorerst einzustellen, bezeichnete der Minister als ein positives Ereignis.

„Wir gehen davon aus, dass unsere Gegensätze mit der Türkei im Östlichen Mittelmeerraum und angrenzenden Seegebieten den Festlandsockel in der Ägäis betreffen.“

İbrahim Kalın, Sprecher des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, erklärte am Dienstag, dass die von Ankara im Raum der Insel Kastelorizo im Mittelmeer begonnenen seismischen Messungen eingestellt werden könnten, damit mit der griechischen Seite Verhandlungen aufgenommen würden. Zugleich bezeichnete Ankara die Vorwürfe Athens in Bezug auf seismische Arbeiten im Raum von Kastelorizo als unbegründet.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/1c/327584288_0:212:3072:1874_1000x080_0_1_2683f2f65ed02bd7c35b9d211e13c994.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Seit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung (27.7. 00:01 Uhr) wurde bis zum 29.7. 8:00 Uhr kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: Beratungen in Wien: USA und Russland wollen bei Sicherheit im Weltraum kooperieren

Russische und US-amerikanische Delegationen haben laut dem US-Außenamt in Wien 13 Stunden lange Verhandlungen über die strategische Sicherheit im Weltraum geführt. Die beiden Staaten wollen den Dialog fortsetzen, geht aus einer offiziellen Mitteilung der US-Seite hervor.

Delegierte der Außen-, Verteidigungs- und Energieministerien sowie vom Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten hätten sich demnach mit den russischen Vertretern im Rahmen dieses Austauschs über die strategische Sicherheit im Weltraum getroffen.

In den über 13 Stunden andauernden Diskussion hätten „diese führenden zivilen und militärischen US-Experten, die weltraumpolitische und operative Erfahrungen haben, während des ersten Dialogs mit Moskau seit sieben Jahren umfangreiche Diskussionen mit russischen Amtskollegen geführt“.

Schwerpunkte des Treffens seien aktuelle und künftige Weltraum-Risiken, Politik, Strategien und Doktrinen sowie Zukunftsaenda zur Förderung von sicheren, professionellen und nachhaltigen Aktivitäten im Weltraum gewesen.

Die beiden Delegationen hätten Interesse daran geäußert, die Diskussionen fortzusetzen und ihre Kommunikation zu verbessern, beispielsweise im Bereich der weltraumbezogenen operativen Probleme, um Missverständnissen vorzubeugen, Vorfälle zu verhindern oder zu verwalten sowie um unbeabsichtigte Eskalation zu vermeiden.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 28. Juli 3:00 Uhr bis 29. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen der Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21.

Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Pentagon sieht „signifikante Herausforderung“ in russischen U-Booten und Marschflugkörpern**

Russische U-Boote und Marschflugkörper stellen laut Aussagen des Generalleutnants der United States Air Force, Glen David VanHerck, eine „signifikante Herausforderung“ dar. Im Laufe von 30 Jahren hätten „unsere Konkurrenten und potentielle Gegner“ beobachtet, wie die US-Abschreckung erfolge, wie die USA wetteifern und wie sie sich bei Konflikten verhalten würden. Dies sagte VanHerck bei Anhörungen im Armed Services Committee des US-Senats über die Bestätigung seiner Kandidatur für das Amt als Kommandeur des United States Northern Command.

„Durch [ihre] Beobachtung von uns“ hätten sie die Möglichkeit genutzt, sich an die neue Situation anzupassen, „besonders China und Russland“.

„Russland entwickelt strategische Optionen wie seine U-Boote, deren Beobachtung derzeit eine aufwändige Aufgabe darstellt (...)“, sagte er. Diese seien fähig, mit ihren Marschflugkörpern auch US-Territorium zu treffen. Unter anderem betonte der Generalleutnant, dass die Entwicklung von Marschflugkörpern durch Russland auch eine „signifikante Herausforderung“ darstelle.

Er verwies darauf, dass China den gleichen Weg der Entwicklung gehe und seine Streitkräfte immer öfter entfernt vom Heimatland agieren könnten.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32478/73/324787372_0:302:3226:2048_1000x0_80_0_1_4212c409b64a14c20d6ed0cd3b37ee11.jpg

Mzdnr.ru: **Am 28. Juli wurden in der DVR 41 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.**

Zwei bzw. 14 der neuen Fälle wurden bei Menschen entdeckt, die am 17. bzw. 20. Juli aus der Ukraine eingereist sind. Die anderen neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten. Derzeit ist der Zustand aller Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige medizinische Behandlung.

In den letzten 24 Stunden wurden 17 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Am 29. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1710 Fälle von Infektionen registriert. 819 Patienten sind derzeit in Behandlung, 792 als gesund entlassen, es gibt 99 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Russlands Schwarzmeerflotte startet Großmanöver**

Die Schwarzmeerflotte Russlands hat mit Militärübungen begonnen, an denen sich mehr als 20 Schiffe beteiligen. Das gab der Pressedienst der Flotte am Mittwoch bekannt.

„Gemäß dem Plan der Kampfvorbereitung der Flottenkräfte sind die Schiffsverbände der Schwarzmeerflotte ausgelaufen“, heißt es in der Mitteilung.

An den Übungen nehmen mehr als 20 Schiffe teil, darunter die Fregatte „Admiral Essen“, das Patrouillenschiff „Dmitri Rogatschjow“, die Kleinraketenfahrer „Orechowo-Sujewo“ und „Inguschetien“ sowie die Landungsschiffe „Saratow“ und „Cäsar Kunikow“.

Geplant sind die Übungen zur Seekampfführung, Flug- und Diversionsabwehr, Vernichtung von See- und Küstenzielen. Unter anderem sollen die Besatzungen den Schutz des Schiffes auf ungeschützter Reede und die Beseitigung von angenommenem Brand oder einem Leck üben.

An den Militärübungen sollen auch Flugzeuge und Hubschrauber beteiligt sein.

Am Montag war das internationale Nato-Manöver Sea Breeze 2020 zu Ende gekommen. Alle Übungen sollen dabei erfüllt worden sein.

Etwa 2000 Soldaten aus der Ukraine, Bulgarien, Georgien, Norwegen, Rumänien, Spanien und der Türkei waren daran beteiligt. Im Einsatz waren mehr als 20 Schiffe, Flugzeuge und Hubschrauber.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/31646/91/316469187_0:320:3195:2048_1000x0_80_0_1_2a98bc6a7afe4660c670047a820a343c.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 29. Juli um 9:00 609 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon sind nach zweimaligem negativem Test insgesamt 569 Personen als gesund entlassen worden.

Seit Beginn der Pandemie gab es 15 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Nord Stream 2 AG fechtet Gerichtsentscheidung zur EU-Gasrichtlinie an

Die Nord Stream 2 AG, der Betreiber des gleichnamigen Gaspipeline-Projektes, hat nach eigenen Angaben beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Berufung gegen eine Entscheidung des Gerichts ordentlicher Gerichtsbarkeit der EU eingelegt.

„Das Unternehmen fechtet die Entscheidung zur Gasrichtlinie der EU an. Nord Stream 2 AG lehnt die vom Gericht angeführten Argumente in Bezug auf Verfahrensfragen ab und ist nach wie vor überzeugt, dass die Abänderungen zur Gasrichtlinie eine gesetzwidrige Diskriminierung sei“, wurde gegenüber russischen Medien mitgeteilt.

Das Gericht ordentlicher Gerichtsbarkeit hatte im Mai die Klage gegen Abänderungen zur europäischen Gesetzgebung über Gasleitungen aus Drittländern abgewiesen. Wie die Projektgesellschaft betonte, habe das Gericht die Klage nicht in der Hauptsache abgelehnt. Die Gerichtsentscheidung habe sich ausschließlich auf Verfahrensfragen bezogen, hieß es. Die erneuerte Gasrichtlinie der EU sieht unter anderem vor, dass die Förderung und der Transport von Gas aus Drittländern über die Territorien der EU-Staaten von verschiedenen Unternehmen betrieben werden soll.

Die ersten Stränge der Pipeline (Nord Stream 1) wurden im November 2011 eingeweiht und verlaufen von Wyborg nach Greifswald. Zwei weitere Röhren sind unter der Bezeichnung Nord Stream 2 im Bau. Die beiden neuen Stränge sollen 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr zusätzlich in das Gebiet der Europäischen Union leiten. Die Nord Stream 2 AG ist Eigentümer der Pipeline Nord Stream 2, die zu 100 % dem russischen Energiekonzern Gazprom gehört.

Dan-news.info: Die am 22. Juli durch Beschuss von Seiten der Ukraine beschädigte Hauptwasserleitung des Kanals Sewerskij Donez – Donbass in Gorlowka ist repariert, die Wasserversorgung läuft normal. Dies teilte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mit.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Durchbruch im Jemen-Konflikt: Zentralregierung und Separatisten geben Einigung bekannt

Die Zentralregierung des Jemens und der südliche Übergangsrat haben der dringlichen Initiative Saudi-Arabiens zur Beilegung des Konflikts zwischen ihnen zugestimmt, teilte das saudische Außenministerium bei Twitter mit.

Der Vorschlag sieht die Bildung einer neuen jemenitischen Regierung binnen 30 Tagen unter Teilnahme von Separatisten und den Abzug der Separatisten-Kräfte aus der Stadt Aden vor. „Der von Saudi-Arabien vorgeschlagene Mechanismus zur baldigsten Umsetzung des am 5. November 2019 in Riad geschlossenen Abkommens zwischen der Regierung des Jemens und dem Übergangsrat des Südjemens beinhaltet die Fortsetzung des Waffenstillstands, der am 22. Juni begann, den Verzicht des Übergangsrats auf die von ihm verkündete Autonomie im Süden des Jemens, die Benennung des Gouverneurs und des Sicherheitschefs von Aden und die Ausstattung des jemenitischen Premiers mit Vollmachten zur Bildung einer neuen Regierung binnen 30 Tagen“, heißt es in der Mitteilung.

Die saudische Initiative sieht außerdem den Truppenabzug aus Aden über die Provinzgrenzen hinaus, die Abgrenzung der Kräfte der beiden Seiten in der Provinz Abyan und ihren Rückzug an die früheren Standorte vor.

Das saudische Außenamt betonte, die Seiten hätten sich auf die Verwirklichung dieser Initiative geeinigt und seien übereingekommen, die Arbeit zur Umsetzung des Abkommens von Riad aufzunehmen.

Die Separatisten aus dem Übergangsrat des Südjemens haben am Mittwoch in Beantwortung der Initiative Saudi-Arabiens erklärt, sie verzichteten auf die von ihnen eingeführte Selbstverwaltung in sieben südlichen Provinzen des Jemens. Das teilte der amtliche Sprecher des Rates, Nizar Haitham, in seinem Twitter-Microblog mit.

„Der Übergangsrat gibt seinen Verzicht auf die früher verkündete Selbstverwaltung in den südlichen Provinzen bekannt, damit die von Saudi-Arabien geführte arabische Koalition die Umsetzung des Abkommens von Riad durchsetzen kann. Diese Entscheidung wurde im Rahmen der Bemühungen getroffen, die die Führung der Koalition zur Erfüllung der Vereinbarungen unternimmt, um die politische, militärische und humanitäre Situation wieder gut zu machen und um die Einmischung der Führungen Saudi-Arabiens und der VAE zu beantworten“, so der Sprecher.

Haitham äußerte den Wunsch, sich mit der Zentralregierung zu vereinen, um den im Norden agierenden Rebellen aus der Bewegung „Ansar Allah“ (Huthis) widerstehen zu können. Im August vergangenen Jahres hatten die Separatisten aus dem Übergangsrat im Südjemen die Macht in Aden und mehreren anderen südlichen Provinzen übernommen und die dem Staatspräsidenten Abd Rabbu Mansur Hadi treuen Truppen von dort aus verdrängt. Unter Vermittlung Saudi-Arabiens konnten sie in Riad Einigung über einen Waffenstillstand, den

Rückzug der separatistischen Truppen von ihren Positionen und die Bildung einer Regierung unter gleicher Beteiligung des Südens und des Nordes des Landes zu erzielen. Diese Vereinbarungen blieben bis jetzt nicht erfüllt. Die Separatisten besetzten neue Positionen in den südlichen Provinzen, und die Zentralregierung warf Saudi-Arabien vor, ihr keinen Schutz mehr zu leisten.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32559/52/325595285_0:42:3584:1980_1000x0_800_1_72467589d769f6295575fa2c4bea3f95.jpg

deutsch.rt.com: **Welle von mysteriösen Explosionen im Iran hält an – Tanklasten in Brand geraten**

In der westiranischen Provinz Kermānschāh sind am Dienstag sechs Tanklastwagen in Flammen aufgegangen. Es ist der jüngste Vorfall in einer Reihe von Bränden und Explosionen im gesamten Land, die zum Teil Standorte mit kritischer Infrastruktur trafen.

Dutzende Feuerwehrleute waren erforderlich, um die Brände zu bekämpfen, die sich auf einem Parkplatz im Industriegebiet Dolat Abad in der westiranischen Provinz Kermānschāh ereigneten. Videomaterial vom Ort des Geschehens zeigt riesige schwarze Rauchsäulen, während Einsatzkräfte versuchen, die Situation unter Kontrolle zu bringen.

"Etwa 100 Feuerwehrleute versuchen, das Feuer in dem Gebiet einzudämmen. Es gab keine Toten, aber einige Menschen wurden verletzt", sagte Keyvan Maleki von der Feuerwehr von Kermānschāh gegenüber der Iranian Students News Agency.

Laut dem Sprecher wurden bis zu sieben Menschen, darunter drei Feuerwehrleute, durch die Explosionen verletzt. Er fügte hinzu, dass die Behörden eine Untersuchung über die Ursache des Vorfalls eingeleitet haben.

Diesem jüngsten Vorfall gingen bereits mehrere Explosionen und Brände in iranischen Militär- und Industrieanlagen im Laufe der letzten Wochen voraus. Der erste Vorfall ereignete sich am 26. Juni in einem Gasspeicher im Militärlager Partschin östlich von Teheran. Nur vier Tage später folgte eine Explosion in einer medizinischen Einrichtung, bei der 19 Menschen starben und die auf defekte Sauerstofftanks zurückgeführt wurde.

Betroffen waren zudem eine Fabrik in einem Teheraner Vorort, ein Petrochemie-Komplex im Südwesten des Iran, ein Kraftwerk im Zentraliran sowie eine Werft im südwestlichen Hafen von Buschehr, wo mindestens sieben iranische Schiffe in Brand gerieten. Auch die Atomanlage von Natanz war betroffen, wo am 2. Juli ein Feuer im Gebäude des oberirdischen Teils der Anlage nach einer Explosion ausbrach.

Die dortige Explosion hat nach Angaben der iranischen Atomorganisation "beachtliche Schäden" angerichtet. Diverse Infrastruktur soll beschädigt oder komplett zerstört worden sein und somit auch die Arbeit in der gesamten Anlage "verlangsamt" haben. Zur genauen Ursache der Explosion äußerten sich die iranischen Stellen bisher nicht.

Besonders die Explosionen in Partschin und Natanz nährten Spekulationen über ausländische

Sabotageakte als Teil eines Schattenkrieges zwischen dem Iran einerseits und den USA und Israel auf der anderen Seite. Angefeuert wurden die Spekulationen durch Äußerungen anonymer israelischer Quellen gegenüber Medien wie der New York Times und dem Business Insider, die behaupteten, der israelische Geheimdienst sei für die Explosion der Nuklearanlage verantwortlich und dass die Anschläge Teil einer umfassenderen Kampagne seien, um dem Iran zu schaden.

Belege für ausländische Sabotageakte gibt es jedoch bislang nicht. Israelische Regierungsvertreter haben eine Beteiligung an den Vorfällen nicht bestätigt. Auch Teheran weist die Behauptung zurück, wonach ausländische Cyberangriffe und Sabotageakte Ursache der Brandserie seien. "Die Brände in den letzten Wochen haben damit nichts zu tun", sagte der iranische Außenamtssprecher Abbas Mussawi am vergangenen Donnerstag.

"Cyber-Angriffe gegen den Iran gibt es täglich, das ist nichts Neues, aber die werden von unseren IT-Expertenteams stets abgewehrt und neutralisiert", fügte der Sprecher laut der Nachrichtenagentur Mehr hinzu.

Laut Mussawi gebe es im Iran im Sommer schon immer vermehrt Brände. Tatsächlich zeigt eine Aufstellung der Analystin Tiziana Corda anhand iranischer Medienberichte, dass sich solche Vorfälle auch im vergangenen Jahr während des Sommers häuften.

Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass zumindest ein Teil der Explosionen auf Sabotageakte zurückzuführen ist. Bekanntlich war das iranische Atomprogramm in der Vergangenheit mehrfach Ziel von Sabotageakten, darunter auch die Anlage in Natanz, wo der Computerwurm "Stuxnet" eingeschleust worden war. Laut IT-Experten wurde dieses äußerst anspruchsvolle, aufwändige Computerprogramm gezielt zur Sabotage iranischer Atomanlagen entwickelt.

<iframe width="1140" height="641" src="https://www.youtube.com/embed/OjfhvKal4go" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/OjfhvKal4go>

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29. Juli 2020**

Wie es zu erwarten war, hat die ukrainische Seite den ausgerufenen Waffenstillstand verletzt, der wenig mehr als zwei Tage gehalten hat.

Unsere Aufklärung bestätigt die Anwesenheit einer Gruppe der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte auf den Positionen der 54. Brigade, deren Soldaten beschlossen, an ihrem Berufsfeiertag der gewöhnlichen Infanterie zu demonstrieren, wie man von nutzlosen Aktionen mit Aufhängen von Plakaten zu Feuerprovokationen übergehen kann.

So haben wurde heute Morgen von den Positionen der 54. Brigade, wo ihre Arbeit festgestellt wurde, mit Schusswaffen auf **Jakowlewka** geschossen. Es ist bemerkenswert, dass das **Feuer mit Schalldämpfern** erfolgte, um zu verhindern, dass die OSZE-Mission diesen Vorfall als Verletzung des Regimes der Feuereinstellung erfasst.

So hat die Unfähigkeit des Brigadekommandeurs Majstrenko, die ihm unterstellten Einheiten zu kontrollieren, zu einer groben Verletzung des Waffenstillstands im Donbass geführt.

Außerdem haben die ukrainischen Kriegsverbrecher, die den Befehl zum Feuern gegeben haben, deutlich unterstrichen, dass die wirkliche Macht in der Ukraine bei der von Poroschenko geschaffenen Militärjunta liegt und dass die Anweisungen ihres obersten Kommandeurs W. Selenskij für sie keine Bedeutung haben.

Wir fordern von der ukrainischen Seite, ihre Verpflichtungen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, die von den Mitgliedern der Kontaktgruppe vereinbart und unterzeichnet worden sind sowie in einem entsprechenden Befehl des ukrainischen Kommandos festgehalten sind, einzuhalten.

de.sputniknews.com: **Zum Ende der Präsidentschaft: Maas zieht positive Bilanz zu Vorsitz in UN-Sicherheitsrat**

Zum Ende der deutschen Präsidentschaft im UN-Sicherheitsrat hat Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) trotz schwieriger Rahmenbedingungen eine positive Bilanz gezogen. „Unser Vorsitz hat in schwierigen Zeiten und angesichts ständiger Blockaden viel Einsatz gekostet, aber die Mühen waren nicht umsonst“, sagte Maas am Mittwoch.

Dabei betonte der deutsche Außenminister die Einigung auf eine Resolution zur besseren Bekämpfung der Corona-Pandemie sowie eine Verlängerung der humanitären Syrienhilfe, die in die Zeit der deutschen Präsidentschaft im Juli fielen.

Ferner betonte Maas, dass es Deutschland außerdem gelungen sei, die Teilnehmer der Berliner Konferenz vom Januar im mächtigsten UN-Gremium beim Thema Libyen wieder an einen Tisch zu bringen. Laut Maas kann man sich einer Friedenslösung in Libyen annähern, wenn man trotz aller Schwierigkeiten im Gespräch bleibe. Außerdem habe Deutschland das Thema Klimawandel als Ursache politischer Konflikte auf die UN-Agenda gebracht und die Ernennung eines UN-Sonderbeauftragten für Klima und Sicherheit vorgeschlagen. Die häufige Blockade des Sicherheitsrates durch die Vetomächte wird immer wieder angeprangert. Auch UN-Generalsekretär António Guterres deutete zuletzt an, dass er eine Reform des Gremiums für notwendig halte.

„Der letzte Monat hat erneut gezeigt, wie sehr wir einen funktionsfähigen Sicherheitsrat brauchen, aber auch wie weit der Sicherheitsrat davon derzeit entfernt ist“, sagte Maas. Ab 1. Juli hatte Deutschland den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat und gleichzeitig die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Im UN-Sicherheitsrat ist Deutschland seit Anfang 2019 für zwei Jahre Mitglied und hat zum zweiten Mal für einen Monat den Vorsitz.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/32728/26/327282696_0:36:3171:1752_1000x0_80_0_1_359b75a1f061af2ed23359347bbc4dbc.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29. Juli 2020**

Trotz der Annahme der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung haben die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte **heute grob den Waffenstillstand verletzt**.

So wurde um 9:40 Uhr von den Positionen der 54. Brigade, wo die Arbeit einer Gruppe des 3. Spezialregiments der Spezialoperationskräfte bemerkt wurde, Feuer mit Schusswaffen auf unsere Positionen im Gebiet von **Jakowlewka** festgestellt. Um zu verhindern, dass Patrouillen der OSZE-Mission den Einsatz von Waffen feststellen, haben die Spezialkräfte Schalldämpfer verwendet.

Diese grobe Verletzung der vollständigen Feuereinstellung demonstriert deutlich die

Unfähigkeit des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko, seine Kämpfer, die das Image der Führung der Ukraine untergraben, zu kontrollieren.

Außerdem stationieren Kommandeure von Einheiten der OOS unter grober Missachtung der Anweisungen des Kommandos über eine genaue Einhaltung der Bedingungen des Waffenstillstands weiter **Technik und Waffen in Ortschaften und deren Umgebung**. Indem sie Militärtechnik der BFU in Wohngebieten von Ortschaften auf dem von ihnen kontrollierten Territorium stationieren, verletzen die ukrainischen Kämpfer die Normen des internationalen humanitären Rechts und gefährden das Leben und die Gesundheit friedlicher Einwohner.

In den letzten 24 Stunden hat unsere Aufklärung die Stationierung folgender Technik bemerkt:

35. Marineinfanteriebrigade: in Sajzewo – fünf Schützenpanzer in der Nähe der Ortschaft;

69. Luftsturmbrigade: in Newelskoje – ein 120mm-Mörsern auf dem Gebiet einer Gartenparzelle;

am Rand von Nowomichajlowka – ein Schützenpanzer;

in Umanskoje – zwei Schützenpanzer auf dem Gebiet eines privaten Hauses;

in der Nähe von Alexandropol – ein Panzer;

53. mechanisierte Brigade: Bogdanowka – ein Schützenpanzer am Rand der Ortschaft;

in Starognatowka – ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses;

in Taramtschuk – zwei Schützenpanzer in der Nähe der Ortschaft;

54. mechanisierte Brigade: ein Schützenpanzer auf dem Gebiet eines Privathauses in Werchnetorezkoje;

36. Marineinfanteriebrigade: ein Schützenpanzerwagen in der Nähe der Ortschaft Lomakino.

Nachdem der Öffentlichkeit die Stationierung von Militärtechnik der 35., 79., 53. und 36.

Brigade der BFU in der Nähe von Ortschaft bekannt wurde, hat der Gegner in den

Verantwortungsbereichen dieser Verbände die **Funkblockade von Mitteln der**

Videoerfassung der OSZE verstärkt. In den letzten 24 Stunden wurde der Einsatz von zwei mobilen Gruppen des 306. Bataillons für elektronische Kriegführung und einer Kompanie für elektronische Kriegführung bemerkt, mit dem Ziel, die Entdeckung der Technik zu verhindern. Sie haben die Aufgabe, durch Stationen R-934B und Bukowel-AD die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Datscha, Krasnogorowka, Bogdanowka und Grantinoje zu blockieren.

Insgesamt betragen die **nicht kampfbedingten Verluste des Gegners in den letzten 24 Stunden einen Toten und drei Verletzte**.

Wir fordern von der ukrainischen Seite den Willen zu zeigen, Ordnung in die unterstellten Einheiten zu bringen und alle ihre Verpflichtungen bezüglich der Vereinbarung über einen allumfassenden Waffenstillstand zu erfüllen.

Die Protestaktionen zur Wiederaufnahme aktiver Kriegshandlungen, die von Nationalisten und Poroschenko, der die Macht verloren hat, organisiert werden, finden immer aktivere Unterstützung unter den ukrainischen Kämpfern in der OOS-Zone. **Der offenen Nichtunterordnung der Nationalisten der 24. Bataillons „Ajdar“ und des 46. „Donbass-Ukraine“ hat sich die „Elite“ der ukrainischen Streitkräfte – die Marineinfanteristen – angeschlossen.**

So wurde gestern ein Schusswechsel in der 36. Marineinfanteriebrigade festgestellt, wo sich Soldaten offen weigerten, den Waffenstillstand einzuhalten und einen Diversionsausfall planten, um den Tod ihrer Kameraden in den vorhergehenden gescheiterten Operationen zu rächen. Der Brigadekommandeur Gnatow, der die Folgen einer Verletzung dieser Bedingungen des Waffenstillstands begriff, versuchte den Ausfall der entschlossen gestimmten Infanteristen zu unterbinden und sie mit den Kräften einer Kompanie zur Feuerunterstützung unter Leitung von Oberleutnant Bojko zu entwaffnen. Im Ergebnis des sich entspannenden Konflikts erfolgte ein Schusswechsel, bei dem Feldwebel Ljaskiwskij starb, weitere drei Mann wurden verletzt. Eine Kommission des Stabs der operativ-taktischen

Gruppierung „Ost“ führt zu diesem Fall eine Ermittlung durch. Außerdem sind auf Forderung des Kommandos der OOS Offiziere des Marineinfanteriekommandos eingetroffen, um in dem Verband Ordnung zu schaffen.

Ein ähnlicher Fall von Sabotage von Befehlen des Kommandos über die Einhaltung der Bedingungen des Waffenstillstands geschah in der 35. Marineinfanteriebrigade. Die Aktion der Nichtunterordnung organisierten vor kurzem von der Ausbildung im 198.

Ausbildungszentrum der Marinestreitkräfte der Ukraine eingetroffene Soldaten. Die von kanadischen Instruktoren ausgebildeten Marineinfanteristen begannen mit einer aktiven Agitation von Kameraden mit Hinblick auf Vergeltung für den Tod von Kameraden im Gebiet von Sajzewo. An der Ausführung des Plans hinderte sie eine in dem Verband arbeitende Gruppe zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands aus dem Stab der OOS, die das Geschehen unverzüglich an das Kommando meldete und operative Kräfte des SBU mit Einheiten des militärischen Rechtsordnungsdienstes heranzog.

Neben Provokationen zur Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstands entdeckte eine Kommission des Stabs der OOS in der 35. Marineinfanteriebrigade bei der Kontrolle der Lagerorte für Waffen und Munition Verstöße bei der Buchhaltung.

Insbesondere wurde festgestellt, dass die Seriennummern der Waffen nicht den Inventarisierungsdaten entsprechen und Informationen über die Zuordnung von Waffen an das Personal in den Einheiten fehlen, 30% der Soldaten haben keine Eintragung über die Zuteilung einer Waffe in ihren Militärbüchern.

Aber die Hauptsorge der Kommission rief das **Fehlen von zehn Antipanzernkraketen und Antipanzerraketenkomplexen „Fagot“ und drei großkalibrigen Scharfschützengewehren** der neuen Generation VPR-338LM hervor, die in der letzten Woche in der 35. Brigade geliefert worden waren.

Die Materialien zum Fehlen von Spezialausrüstung im Verband des Brigadekommandeurs Palas übergab die Kommission an den SBU, um eine Ermittlung durchzuführen und die Schuldigen festzustellen.

deutsch.rt.com: **US-Verteidigungsminister Esper: Truppenabzug aus Deutschland weit umfangreicher als bisher bekannt**

Am Mittwoch wurde konkreter über die Pläne für den Teilabzug von US-Truppen aus Deutschland berichtet. Demnach soll der Abzug umfangreicher ausfallen, als bisher bekannt war. Statt von 9.500 sollen laut US-Verteidigungsminister Mark Esper 12.000 US-Soldaten Deutschland verlassen.

In Deutschland sind derzeit knapp 35.000 US-Soldaten stationiert. Im Juni hatte US-Präsident Donald Trump einen Teilabzug angekündigt und das mit den aus seiner Sicht zu geringen Verteidigungsausgaben Deutschlands begründet. Trump sprach dabei von 9.500 Soldaten, die es betreffen könne.

Laut Informationen des Südwestrundfunks (SWR) sollen nun jedoch insgesamt knapp 12.000 US-Soldaten das Land verlassen. Demnach sollen davon 6.400 in die Vereinigten Staaten von Amerika zurückkehren, während 5.400 US-Militärangehörige innerhalb Europas verlegt würden. Vor einem Monat hatte Trump bereits erklärt, dass ein Teil der Soldaten nach Polen geschickt werden soll. Bereits im Sommer vergangenen Jahres war mit Polen eine Aufstockung der dort stationierten US-Truppen um 1.000 Soldaten vereinbart worden. Inzwischen bestätigte US-Verteidigungsminister Mark Esper den Abzug von 12.000 US-Militärangehörigen.

In Deutschland sind unter anderem die Standorte Vilseck, Grafenwöhr und Wildflecken in Bayern betroffen sowie ein Teil der Kräfte der US Air Force, die in Spangdahlem in der Eifel stationiert sind. Eine offizielle Bestätigung gab es von deutscher Seite bislang noch nicht. In Spangdahlem ist das 52. Jagdgeschwader der US Air Force stationiert. Es umfasst eine F-16-Kampfjet-Staffel mit gut 20 Flugzeugen. Zur Air Base gehören rund 4.000 US-Soldaten.

Deren Angehörigen eingerechnet leben und arbeiten dort fast 11.000 Menschen. Spangdahlem gilt als strategisch wichtiger Luftwaffenstützpunkt der US-Streitkräfte in Europa. Das Geschwader unterstützt weltweit Einsätze der US-Luftwaffe und der NATO, vom Irak über Bosnien bis Afghanistan.

Der bayerische Standort Grafenwöhr in der Oberpfalz gilt als einer der größten US-Truppen-Standorte in Europa. Laut Bürgermeister Edgar Knobloch sind in der 6.500-Einwohner-Stadt sowie am benachbarten Standort Vilseck mehr als 10.000 Soldaten stationiert. Unter Verweis auf wegfallende Arbeitsplätze hatten sich Mitte Juli – neben Bayern – auch die Länderchefs von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen gegen einen Abzug von US-Truppen ausgesprochen. Deutschlandweit beschäftigt die US-Armee rund 12.000 Menschen aus der Bevölkerung im lokalen Umkreis.

Vor Bekanntwerden der nun konkreter dargestellten Pläne Washingtons hatte der Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit der Bundesregierung, Peter Beyer, noch die Hoffnung geäußert, dass die Abzugspläne doch noch scheitern würden. Die angekündigte Reduzierung der hierzulande stationierten US-Soldaten liegt "nicht im Sicherheitsinteresse Deutschlands oder der NATO – und macht auch geopolitisch für die USA keinen Sinn", sagte der CDU-Politiker gegenüber der Deutschen Presse-Agentur.

„In Washington gibt es viele Gegner, nicht nur bei den Demokraten, sondern auch bei den Republikanern und im Pentagon. Es ist möglich, dass diese Pläne noch scheitern“, so Beyer. Tatsächlich hatte sich im US-Kongress sowohl unter Republikanern als auch unter den Demokraten Widerstand gegen den Teilabzug formiert. Mit verschiedenen Gesetzesvorlagen versuchen Kongressabgeordnete beider Parteien, einer Umsetzung der Abzugspläne die nötige Finanzierung zu entziehen. Eine Reduzierung der US-Kräfte in Deutschland würde die NATO schwächen und Russland in die Hände spielen, begründeten sie ihre Ablehnung des Vorhabens.

In Berlin ist man insbesondere erbost darüber, von Trumps Plänen nicht vorab vertraulich informiert worden zu sein. Der Transatlantik-Koordinator übte scharfe Kritik daran, wie der Truppenabzug von den USA bisher vorbereitet wurde.

„Im negativen Sinne beispiellos war, dass die Bundesregierung von den Abzugsideen zunächst nur aus der Zeitung erfahren hat. Anschließend wurden wir eine Woche lang hingehalten, es gab keine weiteren Informationen, obwohl sich die Bundesregierung auf allen Kanälen darum bemühte, mehr in Erfahrung zu bringen“, moniert Beyer.

Der Transatlantik-Koordinator sieht die deutsch-amerikanischen Beziehungen belastet: "So etwas sollte in der eigentlich sehr guten und vitalen deutsch-amerikanischen Freundschaft nicht wieder vorkommen."



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2020.07/article/5f217524b480cc4684601edf.jpg>

Mil-lnr.info: Bericht des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 2. Juli 2020

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der BFU festgestellt. Die Einheiten der Volksmiliz der LVR ihrerseits halten den Befehl über die Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung genau ein.

Das Kommando der sogenannten OOS gefährdet weiter vorsätzlich friedliche Einwohner. So ist nach Angaben unserer Aufklärung im Verantwortungsbereich der 30. Brigade der BFU am Rand von Troizkoje ein Schützenpanzer stationiert.

Um die Stationierung von Waffen und Technik gegenüber der OSZE zu verheimlichen. Setzt das Besatzungskommando weiter **Stationen der elektronischen Kriegführung ein, um die Leitungskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren**. Derzeit erfolgt dies in den Verantwortungsbereichen der 24. und 30. Brigade in den Gebieten von Troizkoje und Popasnaja.

Außerdem hat der Kommandeur der OOS Krawtschenko die Kommandeure der 24. und 30. Brigade angewiesen, die Verlegung von Militärtechnik verdeckt vorzunehmen und diese zu tarnen. ...

Untergebene von Bryshinskij aus der 93. Brigade haben **20 Antipanzermine TM-62 auf landwirtschaftlichen Feldern am Rand von Orechowo in der Nähe einer öffentlichen Straße installiert**. ...

Gestern wurde infolge der kriminellen Handlungen der ukrainischen Kämpfer im Gebiet zwischen Orechowo und Nowotoschkowskoje ein Mann, geb. 1971, verletzt, als eine Sprengeinrichtung in der Nähe eines Feldes detonierte. Der Verletzte ist in ernstem Zustand in einem Krankenhaus. ...

Während der Waffenstillstands setzen die Kämpfer ihre rechtswidrigen Aktivitäten gegen die Zivilbevölkerung fort.

Im Gebiet von Nowotoschkowskoje haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl Bryshinskij einen Bagger und einen Traktor bei einem örtlichen Landwirt konfisziert, um technische Arbeiten bei der Ausrüstung ihrer Positionen durchzuführen. Der Landwirt hat sich bei der örtlichen Verwaltung und der Staatsanwaltschaft beschwert und verlangt die Rückgabe der Technik und Ersatz für den materiellen Schaden.

Die Volksmiliz und die Einwohner der Republik hoffen, dass Kiew die Kraft finden wird, den vereinbarten Waffenstillstand einzuhalten. Aber die ukrainische Seite entzieht sich systematisch ihren Verpflichtungen und versucht im Informationsraum ein für sich günstiges Bild zu schaffen.

Am 28. Juli 2020 wurde ein weiterer Fall unzuverlässiger Informationen auf der Seite des Verteidigungsministeriums der Ukraine über einen Beschuss von Positionen der ukrainischen Kämpfer durch die Volksmiliz veröffentlicht. Aber der Stab der OOS hat diese Information vor vornherein nicht bestätigt. Solche Beschuldigungen sind das Ergebnis nicht abgestimmter Handlungen des Kommandos der OOS und der Kiewer Führung in Fragen der Durchführung von Provokationen im Informationsraum. Als er den Fehlschlag erkannte, löschte der Pressedienst des Verteidigungsministeriums diese Mitteilung über Beschuss.

Einige Zeit später versuchte der Stab der OOS, die abstrusen Schritte der Leitung aus dem Verteidigungsministerium zu rechtfertigen. Das Pressezentrum des Stabs der OOS veröffentlichte eine Mitteilung, dass die ukrainische Seite doch einen Schuss mit einem Granatwerfer festgestellt habe. Diese informationsmäßigen Missverständnisse zwischen dem Stab der OOS und dem Pressedienst des Verteidigungsministeriums demonstrieren Fehler in der Arbeit der Kräfte für informationspsychologische Operationen und der kontrollierten Propagandisten.

Die ukrainischen Soldaten an der ersten Verteidigungslinie, die ihre Wohnbedingungen verbessern wollen, ziehen von Unterständen in bequemere Unterkünfte, indem sie private Häuser örtlicher Einwohner besetzen. Dabei werden die Besitzer im besten Fall eingeeignet, im schlechtesten mit Waffengewalt einfach auf die Straße gesetzt. Ein weiterer Fall

der Einnahme von zwei Häusern von örtlichen Einwohnern wurde in Solotoje-4 festgestellt. Kämpfer der 30. Brigade, die sich in der Nachbarschaft in zwei Häusern befinden, rüsteten einen Kommandopunkt des Bataillons aus. Beim Anschluss eines Herdes entstand ein Kurzschluss, was zu einem Brand führte. Da es keine Feuerlöschgeräte gab und keine Spezialtechnik, konnte der Brandherd nicht beseitigt werden. Durch die Schuld der ukrainischen Verbrecher wurden zwei Häuser vernichtet.

Die Eigentümer der Häuser wandten sich an staatlicher Lugansker Oblastverwaltung. Der Brand erscheint auch im offiziellen Bericht der OSZE.

de.sputniknews.com: „Unvernünftiger Schritt“: Polen will keine Kampfjets nahe Russlands Grenze stationieren – Medien

Polen hat beschlossen, keine Kampfjets des Typs F-35A Lightning II der fünften Generation an seinem Stützpunkt in der Stadt Malbork im Osten des Landes, die 80 Kilometer von der russischen Region Kaliningrad entfernt ist, zu stationieren. Dies berichtet das Portal „Defense24“.

Es wäre ein unvernünftiger Schritt, die Kampfjets an diesem Standort zu stationieren, da der potenzielle Gegner die Gelegenheit nutzen könnte, ihre Radar- und Infrarotdaten zu untersuchen, hieß es. Dies gelte auch für den Standort in Minsk Mazowiecki, also die Stadt nahe der „unsicheren“ weißrussischen Grenze, so das Portal weiter.

Aus diesem Grund habe Polens Militärführung die Entscheidung getroffen, die F-35 im Westen des Landes in Świdwin unterzubringen, wo sich früher Su-22-Staffeln befanden. Darauf verweise die unter Beteiligung des polnischen Verteidigungsministeriums publik gemachte Ausschreibung, die eine Modernisierung des Luftwaffenstützpunkts in Świdwin vorsieht. In Zukunft könnten dort auch Kampfflugzeuge vom Typ F-16 stationiert werden. Ende Januar hatte Polen einen Vertrag über den Kauf von 32 US-Kampfjets des Typs F-35 im Wert von 4,6 Milliarden Dollar (über vier Milliarden Euro) unterzeichnet. Das Rüstungsabkommen enthält auch Vereinbarungen über die Ausbildung von Piloten, über Flugsimulatoren sowie logistische Unterstützung. Die Luftstreitkräfte des Landes werden voraussichtlich 2026 mit dem vollwertigen Einsatz der F-35 beginnen. Im Rahmen des Vertrags sollen 2024 die ersten Flugzeuge hergestellt werden.

Es ist geplant, dass die F-35 die MiG-29- und Su-22-Kampfjets aus sowjetischer Produktion ersetzen, die noch bei der polnischen Luftwaffe im Einsatz sind.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32723/93/327239393_0:173:1001:714_1000x0_80_0_1_ded2133f1545007d4b3cd5553a2c94d4.jpg

de.sputniknews.com: „Verschwörung Russlands mit den Taliban“: Trump hat Putin „nie“ mit dem Thema konfrontiert

US-Präsident Donald Trump hat nach eigenen Angaben im Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nie die Berichte thematisiert, wonach Russland den Taliban

Kopfgelder für Angriffe auf US-Soldaten in Afghanistan bezahlt haben soll.

„Ich habe das nie mit ihm besprochen“, sagte Trump am Dienstag in einem Interview mit dem Portal „Axios“. Auch bei einem Telefonat mit Putin am vergangenen Donnerstag seien sie auf das Thema nicht eingegangen, hieß es weiter.

„Das war ein Anruf, um andere Dinge zu besprechen, und ehrlich gesagt ist dies ein Thema, von dem viele Leute sagten, es handele sich um falsche Nachrichten“, sagte der US-Präsident.

Putin-Trump-Telefonat

Zuvor hatte der Kreml-Pressedienst bekanntgegeben, dass Russlands Präsident Wladimir Putin und sein US-amerikanischer Amtskollege Donald Trump am 23. Juli in einem Telefonat Fragen der strategischen Stabilität und der Rüstungskontrolle „ausführlich betrachtet“ hätten. Die Staatschefs hätten auch die Situation rund um das iranische Atomprogramm besprochen und dabei betont, dass „kollektive Bemühungen zur Erhaltung der regionalen Stabilität und des globalen Regimes der Nichtverbreitung von Kernwaffen gefragt“ seien. Auch sei die Absicht ausgedrückt worden, die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA zu entwickeln.

Laut dem Sprecher des Weißen Hauses, Judd Deere, brachte Trump die Hoffnung zum Ausdruck, dass Russland, China und die Vereinigten Staaten einen kostspieligen Rüstungswettlauf vermeiden können. Trump selbst bezeichnete das Telefongespräch mit Putin als „sehr produktiv“.

Bericht über angebliche Kopfgelder

Die US-Zeitung „The New York Times“ (NYT) berichtete Ende Juni unter Verweis auf anonyme Mitarbeiter der US-Geheimdienste, dass die russische Militäraufklärung Terrorkämpfern, die mit den Taliban verbunden seien, eine Belohnung für Angriffe auf US-Soldaten in Afghanistan angeboten hätte. Donald Trump sei darüber informiert worden, hieß es. Es wurden aber keine Beweise vorgelegt.

Die russische Botschaft in den USA forderte daraufhin, dass die Behörden des Landes angemessen auf die Bedrohungen reagieren, die wegen Nachrichten über Russland und Afghanistan gegen Diplomaten gerichtet wurden. Das russische Außenministerium bezeichnete die Medienberichte als „Fake“ und Trump sprach von Lüge. Das Weiße Haus, das Pentagon und der US-Geheimdienst erklärten, dass es derzeit keine Bestätigung für solche Berichte gebe und Trump nicht darüber informiert worden sei.

Trump erklärte, dass die ganze Geschichte erfunden worden sei, um ihm und der Republikanischen Partei zu schaden.

Moskaus Reaktion

Kremlsprecher Dmitri Peskow brachte in einem Kommentar zu dem NYT-Beitrag sein Bedauern zum Ausdruck, dass die einst größten und renommiertesten Medien der Welt solche Fälschungen nicht scheuen. Er fügte hinzu, dass die Behauptung eines Komplotts eine Lüge sei.

Auf die Frage von Journalisten, ob Trump dieses Thema in diesem Jahr irgendwie mit Wladimir Putin besprochen habe, antwortete Peskow verneinend.

abends:

de.sputniknews.com: Chinesischer Mega-Amphibienflieger absolviert ersten Flug

Zwölf Tonnen Wasser in 20 Sekunden Zuladung, 5000 Kilometer Reichweite – das neue chinesische Wasserflugzeug „AG 600“ verspricht Einiges, sowohl als Löschflugzeug als auch als Seerettungsflieger. Nun hat es seinen ersten Probeflug absolviert.

Das chinesische Wasserflugzeug „AG 600“ entspricht von der Größe her etwa einer Boeing 737, soll das größte in Serie gebaute Wasserflugzeug der Welt sein und hat seinen ersten 31-minütigen Probeflug über der See erfolgreich abgeschlossen.

Das komplett in China produzierte Flugzeug soll wegen seiner besonderen

Manövrierfähigkeit und einem breiten Suchbereich bei der Seerettung, bei Waldbrandlöschungen sowie zur Überwachung der Meeresumwelt eingesetzt werden. Es soll über eine Reichweite von bis zu 5000 Kilometern verfügen und auch bei hohem Seegang auf Wasser landen und davon starten können, was es für die Seerettung attraktiv macht. Ingenieuren zufolge soll es außerdem in nur 20 Sekunden zwölf Tonnen Wasser zuladen können und in einer Tankfüllung bis zu 370 Tonnen Wasser transportieren können. Seinen Jungfernflug hatte der Flieger bereits im Dezember 2017 in Zhuhai in der südchinesischen Provinz Guangdong absolviert.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/S9ly0ynhN_4" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/S9ly0ynhN_4

de.sputniknews.com: **USA fordern Reduzierung der Anzahl chinesischer Diplomaten im Land – Medien**

Die US-Regierung bereitet sich laut Medien darauf vor, eine signifikante Reduzierung der Anzahl chinesischer Diplomaten im Land zu fordern – bis auf das Niveau der amerikanischen diplomatischen Mission in China. Dies berichtet „Washington Times“ unter Verweis auf hochrangige Quellen im Außenministerium.

„Bis zum 1. August wollen wir ein für beide Seiten angemessenes Niveau der Anzahl (von Diplomaten) und der Einreise festlegen“, erklärte die Quelle und kündigte eine Entscheidung an, die voraussichtlich diese Woche offiziell bekanntgegeben werde.

Laut den Gesprächspartnern der Zeitung soll insbesondere die Verringerung der Zahl der chinesischen Diplomaten die Belastung des FBI verringern, bei dem fast zweitausend Mitarbeiter in den letzten Monaten mit der Ermittlung der Aktivitäten chinesischer Spione und ihrer Agenten befasst waren.

Die genaue Anzahl der chinesischen Diplomaten in den USA ist laut der Zeitung unbekannt. Nach Angaben des Außenministeriums sind 245 Mitarbeiter bei der chinesischen Botschaft in Washington akkreditiert. Diplomaten aus China seien auch in den Konsulaten in New York, San Francisco, Los Angeles und Chicago tätig. Die jüngste Schließung des Konsulats in Houston hatte einen diplomatischen Streit zwischen Washington und Peking ausgelöst.

Schließung von Chinas Generalkonsulat in Houston

Am 21. Juli forderten die Vereinigten Staaten von China die Schließung des Generalkonsulats in Houston. Das chinesische Außenministerium nannte diese Entscheidung eine politische Provokation und kündigte an, es werde Vergeltungsmaßnahmen ergreifen. Die offizielle Sprecherin des US-Außenministeriums, Morgan Ortagus, erklärte, Washington habe die Schließung des Generalkonsulats der VR China in Houston angeordnet, um das geistige Eigentum und die persönlichen Daten der Amerikaner zu schützen.

Vergeltungsmaßnahme: Schließung von US-Konsulat in Chengdu

Am 24. Juli forderte das chinesische Außenministerium das US-Generalkonsulat in Chengdu, Provinz Sichuan, auf, seine Aktivitäten einzustellen. Das Außenministerium bezeichnete Chinas Forderungen, die amerikanische diplomatische Mission in Chengdu zu schließen, als legitime und notwendige Antwort. Peking machte Washington für die Situation verantwortlich.